



VW-Polo-Fertigung in Pamplona

MANAGER

## Muss Peter Hartz Millionen zahlen?

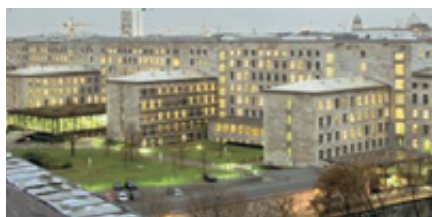
Auf den Ex-VW-Vorstand Peter Hartz kommen möglicherweise Schadenersatzansprüche in Millionenhöhe zu. Der Gesamtschaden der von ihm abgezeichneten Lustreisen für Betriebsräte beziffert sich für den VW-Konzern auf rund vier Millionen Euro. 1,5 Millionen davon entfallen auf die Untersuchungen durch Wirtschaftsprüfer von KPMG, für die Hartz allenfalls indirekt verantwortlich gemacht werden könnte. Nach Angaben eines VW-Aufsichtsrats ist eine Schadenersatzforderung von 2,5 Millionen Euro an Hartz realistisch. Im Aufsichtsrat gibt es nun Streit darüber, wie das Geld eingetrieben werden soll. IG-Metall-Chef Jürgen Peters und Aufsichtsratschef Ferdinand Piëch wollen Hartz verschonen und die Millionen von der D & O-Versicherung fordern, durch die Fehlverhalten von Vorständen abge-

sichert ist. Sollte ein Gericht Hartz später vorsätzliches Fehlverhalten nachweisen, könnte die Versicherung das Geld von ihm zurückfordern. Niedersachsens CDU-Ministerpräsident Christian Wulff und Porsche-Chef Wendelin Wiedeking wollen erst prüfen lassen, ob der VW-Aufsichtsrat auf direkte Schadenersatzansprüche an Hartz verzichten darf. Schließlich dürfe sich das Gremium nicht vorwerfen lassen, den Ex-Vorstand zu schonen, während Sparprogramme für die Belegschaft bevorstehen. Im VW-Konzern wird die Schließung von drei Werken diskutiert. Neben einer Fabrik in Brasilien und dem Werk in Brüssel ist auch die Fabrik in Pamplona bedroht. Die Polo-Fertigung soll in andere Werke verlagert werden, weil die Kosten in Spanien zu hoch sind und Streiks die Produktion oft lahmlegen.

STEUERSCHÄTZUNG

## Mehr Geld für den Bund

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) erwartet für 2006 Steuer-mehreinnahmen in Milliardenhöhe. Bund, Länder und Gemeinden werden nach Berechnung seines Ministeriums dieses Jahr 6,5 Milliarden Euro mehr einnehmen als noch im November vergangenen Jahres vorausgesagt. Das geht aus dem Schätzvorschlag des Bundesfinanzministeriums (BMF) für den diese Woche tagenden Arbeitskreis Steuerschätzungen hervor. Die Belebung der Konjunktur würde sogar zu einem Plus von 8,2 Milliarden Euro führen, Einbußen entstehen durch steuerliche Änderungen, die zu Jahresbeginn in Kraft getreten sind. Der Bund profitiert mit 3,2 Milliarden Euro von den Mehreinnahmen. 2,4 Milliarden Euro davon hat



Bundesfinanzministerium in Berlin

Steinbrück schon zu Beginn des Jahres für seinen Haushaltsentwurf 2006 verplant, so dass ihm echte Mehreinnahmen von lediglich 800 Millionen Euro bleiben. Die Experten des BMF rechnen für dieses Jahr mit Steuereinnahmen von insgesamt 463,9 Milliarden Euro. Im nächsten Jahr sollen sie auf 493,6 Milliarden Euro steigen. Grund dafür ist vor allem die geplante Mehrwertsteuererhöhung, die allein mit 19,4 Milliarden Euro zu Buche schlagen soll. Für 2008 sagen Steinbrücks Schätzer dann Steuereinnahmen von 507,5 Milliarden Euro voraus, 2009 sollen es gar 521,5 Milliarden Euro sein.